

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 67 (1988)
Heft: 12

Artikel: Treffen der europäischen Sozialisten in Berlin : die Herausforderung Europa und der demokratische Sozialismus
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340656>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

platz Schweiz diffamiert. Die Bürgerlichen begnügten sich daher, mit der von der Schweiz. Bankiervereinigung nach dem «Chiasso-Bankskandal» angebotenen Ersatzlösung, nämlich mit einer «Sorgfaltspflicht-Vereinbarung» der Banken, freiwillig auf schmutzige Geldgeschäfte verzichten zu wollen. Soviel Lustverzicht musste bei der enormen Potenz der Geldmänner schiefehen. Die «Sorgfaltspflicht-Vereinbarung» war primär ein politisches Valium für die eigene und weltweite Öffentlichkeit. Die von den Banken freiwillig eingegangene Keuschheit hat die Impotenz des Staates zum Ziel. Und dieses Ziel

wurde erreicht. Nun aber hat die Kreditschädigung des Staates Schweiz ein Ausmass angenommen, das nicht mehr akzeptiert werden darf. Es gibt keinerlei einsichtige Gründe mehr, den fixfertig ausgearbeiteten Gesetzesentwurf gegen die Geldwäscher weiterhin zu schubladisieren. Auf den Parlamentstisch damit!

Mit dem neuesten Drogen-Waschgeld-Fall sind auch personelle Turbulenzen ausgelöst worden. Der merkwürdig oft auftauchende Name Hans W. Kopp im Zusammenhang mit nicht auf den ersten Blick erkennbarer Erstklassqualität seiner Geldgeschäfte findet seinen

Niederschlag im politischen Kalkül. Die SPS hält es vorläufig nicht für angebracht, politische Ratschläge zu erteilen. Die betroffene Partei und ihre Bundesrätin befinden sich jedoch nicht in einer komfortablen Situation. Die SPS läuft daher nicht auch noch mit der Ölkanne herum, um Öl ins politische Feuer zu giessen. Die Beteiligten wissen im übrigen selber, dass noch so stramme Solidaritätserklärungen keinen Normalzustand, sondern eher eine Notlage signalisieren. Zuviele Solidaritätsadressen können zudem für den Empfänger bzw. für die Empfängerin gefährlich werden.

Treffen der europäischen Sozialisten in Berlin

Die Herausforderung Europa und der demokratische Sozialismus

Eine gemeinsame Erklärung

Anfang November haben sich in Berlin die Führerinnen und Führer der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien der Mitgliedsstaaten der europäischen Gemeinschaft und der EFTA-Mitgliedstaaten zum Thema «EG-EFTA – gemeinsame Zukunft 1992» getroffen. Gemeinsam wurde die nachfolgend abgedruckte Erklärung verabschiedet. Diese Erklärung wurde von der Konferenz vorbereitet. Sie enthält deshalb wenig von der allgemeinen politischen Stimmung an diesem Treffen, an dem auch Parteipräsident Helmut Hubacher und die Vizepräsidentin der SPS, Heidy Deneys, und Zentralsekretär André Daguet teilgenommen haben.

Einleitung

Europa wandelt sich. Die Beziehungen zwischen den Nationen in verschiedenen Teilen Europas werden besser. Umfassende Zusammenarbeit zwischen den Demokratien Westeuropas, insbesondere zwischen den EG-Mitgliedstaaten und jenen in der EFTA, entwickelt sich zügig weiter.

Die Führer der demokratischen sozialistischen Parteien glauben fest an die Zukunft Europas.

Die Situation heute ist eine Herausforderung. Im Innern haben wir es mit wachsender Arbeitslosigkeit und alarmierender Umweltzerstörung zu tun. Ausser sehen wir uns schweren Ungleichgewichten in der Weltwirtschaft gegenüber, zunehmen-

dem Protektionismus im Welt-handel, wachsenden Schulden-problemen der Dritten Welt und verschärftem Wettbewerb.

Aber Europa hat eine wichtige Rolle zu spielen, um diesen Herausforderungen zu begegnen. Die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Ländern in unserem Teil der Welt und die Integration des europäischen Marktes können wichtige Ecksteine beim Aufbau einer friedvollen Welt, in der die Menschen sichere Arbeitsplätze haben und in der sie ohne Umweltgefahren leben, bilden.

Die Früchte der Integration sollten dazu benutzt werden, Arbeitslosigkeit und Umweltverschmutzung und die ständig grösser werdenden regionalen Ungleichgewichte zu beseitigen.

Die Parteiführer möchten einen dynamischen Wandel in unserem Teil der Welt beschleunigen, einen Wandel allerdings, der allen Mitgliedern unserer Gesellschaften und der internationalen Staatengemeinschaft Nutzen bringen soll.

Die Ideen des demokratischen Sozialismus haben bei dieser Entwicklung eine bedeutende Rolle zu spielen. Das Europa, das die Parteiführer bauen wollen, sollte auch ein Europa sein, das sich bemüht, die Menschenrechte zu fördern, die allgemeine Sicherheit zu stärken und kulturelle Bande zwischen allen Nationen zu entwickeln.

Das Europa, das sie anstreben, sollte ein Europa sein, das aktiv daran arbeitet, die überholten Spaltungen in diesem Teil der Welt zu überwinden.

Das Europa, das sie bauen wollen, sollte ein nach auswärts blickendes Europa sein, das eine aktive Rolle spielt bei der Verbesserung der Ost-West-Beziehungen, bei der Lösung der Schuldenprobleme der Dritten Welt, beim Widerstand gegen protektionistische Tendenzen.

I. Allgemeine Beziehungen zwischen EG und EFTA

1. Der Integrationsprozess innerhalb der Europäischen Gemeinschaft hat in den letzten Jahren beträchtliche Fortschritte gemacht. Das Ziel des EWG-Vertrages, einen Binnenmarkt zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft zu schaffen, soll nach der Einheitlichen Europäischen Akte bis Ende 1992 Wirklichkeit werden. Unter der Führung ihres Präsidenten Jacques Delors hat die Kommission erfolgreich und entschieden die notwendigen Beschlüsse und Massnahmen getroffen, die für die Erreichung dieser Ziele erforderlich sind.

Die Parteiführer begrüßen den einheitlichen Binnenmarkt und die gleichzeitige Vollendung des

wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts und eines europäischen Sozialraums.

Die Vollendung des Binnenmarktes bedeutet eine qualitative Veränderung der Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den übrigen europäischen Staaten, insbesondere den EFTA-Ländern. Die wirtschaftliche Entwicklung und die wesentlichen wirtschaftspolitischen Entscheidungen der EG werden eine engere Zusammenarbeit zwischen der Gemeinschaft und den EFTA-Ländern ebenso erfordern wie neue – von den Freihandelsabkommen verschiedene – Formen der Zusammenarbeit.

2. Eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den EFTA-Ländern begann mit der Luxemburger Erklärung von 1984 und hat eine gewisse Schubkraft gewonnen seit der Entscheidung der Europäischen Gemeinschaft, 1992 als Datum für die Verwirklichung des Binnenmarktes festzusetzen.

Die Beziehungen zwischen den beiden Organisationen sind sehr herzlich, und etwaige Probleme müssen vor diesem Hintergrund betrachtet werden. Das gemeinsame Ziel der Zusammenarbeit ist die Errichtung eines dynamischen europäischen Wirtschaftsraumes, zu dem die Europäische Gemeinschaft und die EFTA-Länder und ihre 350 Millionen Einwohner gehören, wie es in der Luxemburger Erklärung steht, aber auch das gemeinsame Bemühen um ein soziales Europa und eine Lösung wichtiger Umweltprobleme.

Bei der Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen beiden Gebieten muss grosse Aufmerksamkeit auf die Details gelegt werden, und die nationalen Empfindlichkeiten müssen entsprechende Berücksichtigung finden. Es bedarf ernster Arbeit, um die Beziehungen zwischen

der EG und der EFTA zu stärken, damit die Vorteile aus der wirtschaftlichen, der industriellen und der politischen Zusammenarbeit auch erreicht und gemeinsam geteilt werden können.

Darüber hinaus haben die Beziehungen zwischen der EG und den COMECON-Mitgliedstaaten eine neue Ebene erreicht, seit in Luxemburg am 26.6.1988 die Gemeinsame Erklärung unterzeichnet wurde. Die Möglichkeiten zur Verbesserung der Beziehungen sowohl auf politischer als auch auf wirtschaftlicher Ebene sind gewachsen. Auch hier sind die gemeinsamen Interessen der EG und der EFTA berührt, und eine enge Zusammenarbeit ist in höchstem Masse wünschenswert, weil sie die Kluft zwischen Ost und West überbrücken kann.

3. Die Parteiführer unterstreichen ihre Entschlossenheit, die Zusammenarbeit zwischen der EG, ihren Mitgliedstaaten und den EFTA-Ländern auszubauen und zu intensivieren. Fruchtbare Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der EFTA in der Aussenpolitik ist in den gemeinsamen Anstrengungen zur Durchführung und weiteren Entwicklung der Schlussakte von Helsinki und in dem Abkommen der Konferenz von Stockholm über «vertrauensbildende Massnahmen und Abrüstung in ganz Europa» unter Beweis gestellt.

Unterstützung für die Entspannung der Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR liegt im Interesse aller europäischen Staaten. Zu den gemeinsamen Zielen der EG- und der EFTA-Mitgliedstaaten gehören insbesondere die Abschaffung der Apartheid in Südafrika und der Kampf für mehr Demokratie überall in der Welt. Die Verhinderung bewaffneter Konflikte und die Beendigung bestehender Feindseligkeiten in den verschiedenen Regionen der Welt,

insbesondere im Nahen Osten, im Mittelmeerraum, in Afrika südlich der Sahara und in Mittelamerika sind ebenfalls gemeinsame Ziele. Die EG- und die EFTA-Länder stehen ein für den Schutz der Menschenrechte in der ganzen Welt; dort, wo sie verletzt werden, fordern wir, dass die Verhältnisse sich zum Besseren ändern müssen.

4. EG- und EFTA-Länder sind an der Förderung eines stabilen friedlichen Europa interessiert. Sie würden ein System gemeinsamer Sicherheit in Europa begrüßen, das durch wirtschaftliche Zusammenarbeit und durch Handel zwischen ost- und westeuropäischen Staaten als erstem Schritt gefördert würde. Sie unterstützen und fördern Reformen und die Bewegung zu mehr Demokratie in Europa.

5. Die Parteiführer sind sich dessen bewusst, dass für mehrere EFTA-Länder die Bedeutung der natürlichen Ressourcen und ihre Nutzung einer der vorrangigsten Schwerpunkte in ihrer Beziehung zur EG ist.

II. Die Auswirkungen des EG-Binnenmarktes auf die Zusammenarbeit EG/EFTA

1. Die Parteiführer fordern, dass die Vollendung des Binnenmarktes gleichzeitig mit der Entwicklung einer Sozialpolitik und sozialer Kohäsion für Europa und einer dynamischeren Wirtschaft erfolgen muss, wie es in der Luxemburger Erklärung von der EG und von der EFTA gefordert wurde.

Die Massnahmen zur Durchführung des Binnenmarktes werden erhebliche, wenn auch unterschiedliche Auswirkungen auf die Volkswirtschaften der EG- und der EFTA-Länder haben. Jeder Anstieg an Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der EG-Wirtschaft kann günstige Auswirkungen auf Inflation, Staatsfinanzen und Aussenhandelsüberschüsse haben, doch

kurzfristig kann er zu grösserer Arbeitslosigkeit führen, wenn in der Wirtschaftspolitik kein Wandel eintritt. In diesem Zusammenhang verweisen die Parteiführer auf die Studie des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) über eine koordinierte europäische Beschäftigungsstrategie. Die Parteiführer fordern Wirtschaftspolitiken mit der Zielrichtung, das mit der Verwirklichung des Binnenmarktes entstehende Potential für höheres Wachstum und Beschäftigung voll zu nutzen. Zugleich betonen sie, dass in den Vorbereitungs- und Anfangsstadien des Binnenmarktes besondere Wachsamkeit geübt werden muss, um möglichen negativen Beschäftigungseffekten entgegenzuwirken.

2. Die Parteiführer der EG und der EFTA stimmen darin überein, dass die Vollendung des Binnenmarktes eine grosse Zahl von Entscheidungen erforderlich macht, die von den Institutionen der Europäischen Gemeinschaft getroffen werden müssen. Trotz dieses vorrangigen Zieles haltes es die Parteiführer für wünschenswert, die Zusammenarbeit zwischen der EG und der EFTA nach dem Grundsatz der gegenseitigen Interessen zu maximieren. Eine Beteiligung der EFTA-Länder an den europäischen Normungsausschüssen CEN und CENELEC bedeutet einen Schritt zum Abbau der technischen Handelshemmnisse, wie schon die Einführung des SAD einer war. In anderen Bereichen des Handels mit Waren und Dienstleistungen müssen Vereinbarungen nach dem Grundsatz der Reziprozität und des gegenseitigen Vorteils getroffen werden:

- zwischen der EG und der EFTA, soweit die EFTA ein Mandat hat;
- bilateral zwischen der EG und den EFTA-Mitgliedstaaten;

- durch unabhängige Anpassung an die Gesetze;
- zwischen EG-Ländern und EFTA-Ländern, wenn keine der beiden Organisationen über ein Mandat verfügt.

Vom Standpunkt der Parteiführer aus ist es unerlässlich, dass die Sozialpartner und insbesondere die Gewerkschaften auf allen Ebenen an dem Prozess der Errichtung des Binnenmarktes und insbesondere beim Verfahren der Angleichung von Rechtsstandpunkten und Normen teilnehmen.

3. Die Parteiführer begrüssen es, dass die Strukturfonds der Gemeinschaft – zu Hilfeleistungen für Regionen mit strukturellen Veränderungen und für benachteiligte Regionen – in ihrem Realwert verdoppelt werden. Die Parteiführer erklären, dass eine gerechte Verteilung der Vor- und Nachteile einer grösseren Marktintegration zwischen der EG und der EFTA ebenfalls in die Zusammenarbeit zwischen EG und EFTA einbezogen werden muss.

4. Eine Liberalisierung der Kapitalbewegungen in der Gemeinschaft und die Integrierung der Märkte für Finanzdienste fordern eine grosse Zahl von Veränderungen an den Rechtsvorschriften für das Bank- und Versicherungswesen. Zwischen der EG und den EFTA-Ländern sollten Verhandlungen über die Liberalisierung der Vorschriften über das Finanz- und Versicherungswesen geführt werden. Bei diesen Verhandlungen sollten die internationalen Regeln zur Kontrolle des Kapitalverkehrs und die Zusammenarbeit in der Steuerpolitik berücksichtigt werden. Mittelfristig erfordert eine grössere Integration der nationalen Volkswirtschaften auch eine Stärkung des Europäischen Währungssystems. Die Parteiführer warten den Bericht der Expertengruppe von «Hannover» zur künftigen Entwicklung in diesem Bereich ab und

werden auf diese Frage zu einem späteren Zeitpunkt zurückkommen¹. Die Parteiführer weisen darauf hin, dass die Teilnahme am Wechselkursmechanismus des EWS nicht auf die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft beschränkt ist.

5. Aus geographischen Gründen sind Verkehrsbeziehungen zwischen der Gemeinschaft und der EFTA von besonderer Bedeutung. Die Zusammenarbeit zwischen der EG und den EFTA-Ländern in der Verkehrspolitik muss das Ziel verfolgen, wirtschaftliche und ökologische Notwendigkeiten in der Deckung von Verkehrs- und Mobilitätsbedarf an einen harmonischen Ausgleich zu bringen. Eine solche Verkehrspolitik muss gewährleisten, dass unter Vermeidung schädlicher Umweltauswirkungen und unter Berücksichtigung der Lebensinteressen der vom Transitverkehr lasteten Bewohner dauerhafte Arbeitsplätze unter annehmbaren Bedingungen in gesunden Verkehrsunternehmen erhalten bleiben. Die Neuorganisierung des engen Netzes an bestehenden Vertragsbeziehungen, die notwendig ist, um den einheitlichen Markt zu verwirklichen, muss daher unter angemessener Berücksichtigung der jeweiligen Interessen und des Grundsatzes der Gegenseitigkeit und Reziprozität durchgeführt werden.

6. In der Forschung bestehen schon zahlreiche Verbindungen zwischen der EG und den EFTA-Ländern, sei es im Zusammenhang mit bestehenden Organisationen wie ESA und EMBO oder in Form von vertraglicher Beteiligung der EFTA-Länder bei Forschungsprogrammen der Gemeinschaft oder bei EUREKA. Die gemeinsamen Forschungsprogramme im Rahmen der

EUREKA-Projekte haben zu einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft und den EFTA-Ländern geführt, die der europäischen Wirtschaft zugute kommt. Die Parteiführer begrüßen diese Entwicklung und sind der Überzeugung, dass auch künftige Gemeinschaftsprogramme den EFTA-Ländern auf der Basis einer Kostenbeteiligung offenstehen sollen.

7. Die Parteiführer wünschen die gleichzeitige Entwicklung eines europäischen Wirtschafts- und Sozialrahmens. Die Beschäftigungspolitik, die Regionalpolitik, Schutz und Ausdehnung der Sicherheitsvorschriften für Arbeitnehmer sowie Schutz und Ausweitung der besonderen Rechte der Arbeitnehmer in den Unternehmen müssen alle in gleicher Weise Teil der künftigen Integration des europäischen Marktes sein.

Die Parteiführer begrüßen es, dass die Gespräche über Mitbestimmung und Beteiligung der Arbeitnehmer an den Entscheidungsverfahren der Unternehmer durch das Memorandum der Kommission neuen Schwung erhalten haben. Die Parteiführer erklären, dass alles getan werden muss, um jede Art von Sozialdumping zu verhindern und um Arbeitslosigkeit und Armut zu bekämpfen.

III. Umweltaspekte der EG – EFTA-Zusammenarbeit

1. Allein das Ausmass der jüngsten Umweltkatastrophen und die fortgesetzte Umweltverschlechterung haben deutlich gemacht, dass die Rolle der EG und EFTA in diesem Bereich von entscheidender Wichtigkeit ist. Darum wollen wir als Parteiführer dieses Thema gesondert von den übrigen hier behandelten Themen entwickeln. Trotz der Tatsache, dass eine grosse Anzahl von Abkommen zum

Umweltschutz geschlossen worden sind, verschärfen sich die Probleme insbesondere aufgrund vermehrter Emissionen, aber auch weil viele Abkommen nicht wirksam genug funktionieren. Es werden stärker bindende Vereinbarungen benötigt. Die Verschmutzung hält nicht an den nationalen Grenzen an, und deswegen kann eine nationale Umweltschutzpolitik nicht isoliert durchgeführt werden, sondern erfordert grenzüberschreitende Zusammenarbeit nicht nur auf Gemeinschaftsebene, sondern auch zwischen der Gemeinschaft und der EFTA und in der Tat auch zwischen Ost- und Westeuropa und weltweit.

2. Die Parteiführer sind sich darüber einig, dass die Zusammenarbeit in Umweltfragen innerhalb des weiteren Kontextes der 1984 in der Luxemburger Erklärung vereinbarten EG-EFTA-Zusammenarbeit stattfinden müsste. Wichtig ist auch, die Anliegen der Noordwijk-Konferenz zu erfüllen. Ziel ist eine Verstärkung der vorhandenen multilateralen und bilateralen Kontakte und eine Zusammenarbeit zwischen den EFTA-Ländern, der Europäischen Gemeinschaft und den EG-Mitgliedstaaten, und zwar durch Einrichtung ständiger Missionen und Vertretungen, durch Zusammenkünfte von Umweltsachverständigen und hochrangigen Kontaktgruppen, damit in Umweltbereichen von gegenseitigem Interesse konkrete Ergebnisse erzielt werden. Wichtige Bereiche sind u.a.:

- Klimaveränderung: Massnahmen gegen den «Treibhauseffekt» der Produktion von Kohlendioxid und anderen Stoffen, die dazu führt, dass die Temperatur der Erdatmosphäre steigt;
- Schutz der Ozonschicht: aus wissenschaftlichen Daten geht hervor, dass die FCKW-Emissionen in Übereinstim-

¹ Die britische Labour Party hat ihre Vorbehalte gegenüber diesen beiden letzten Sätzen zum Ausdruck gebracht.

mung mit dem Abkommen von Montreal ganz erheblich gesenkt werden müssen, wenn die Ozonschicht über der Antarktis wiederhergestellt werden soll;

- die Erstellung eines wissenschaftlichen EG-EFTA-Programms zur Stärkung der europäischen Forschung über Stratosphärenozon;
- Luftverschmutzung: Senkung der Schwefeldioxid- und Stickoxidemissionen aus Grossverbrennungsanlagen; Senkung der Kraftfahrzeugabgase; weiträumige Verfügbarkeit von bleifreiem Benzin;
- die Erhaltung der biologischen Ressourcen der Meere;
- Wasserschutz und Massnahmen zur Minimierung der Schäden für die Meeresumwelt, wie z.B. ein Verbot für das Einleiten und Verbrennen von Abfall auf See, sowie innerhalb der nächsten 10 Jahre Massnahmen zur substantiellen Reduzierung der Einleitung aller Giftstoffe in die maritime Umwelt vom Land her, einschliesslich von kontrolliertem und restriktivem Einsatz von Düngemitteln;
- umweltschädliche Unfälle: Ausarbeitung gemeinsamer Sicherheitsvorschriften; Einführung eines Frühwarnsystems;
- intensive Forschung und Entwicklung von Technologien, die mit hohen Umweltanforderungen vereinbar sind und weitere Verschmutzungen verhüten;
- politische Massnahmen zur Förderung der Wiederverwendung oder des Recycling von Abfallprodukten sollten nachdrücklich durchgeführt werden;
- Massnahmen zur Verhinderung und zum Kampf gegen die Gefahren der Verödung und Verkarstung in Folge von

Erosion und Waldbränden in vielen Gebieten Europas.

3. Der grenzüberschreitende Charakter wichtiger Umweltprobleme bedroht die gesamte europäische Region, und die gegenseitige Verantwortung sämtlicher europäischer Länder für ihre gemeinsame Umwelt wird in zunehmenden Masse anerkannt.

Die Parteiführer sind der Auffassung, dass dort, wo osteuropäische Länder betroffen sind, die Zusammenarbeit bei Umweltfragen auf EG-, EFTA-, COMECON- und auf multilateraler wie auf bilateraler Ebene stattfinden muss. Auch für die osteuropäischen Länder gewinnen die Umweltprobleme an Bedeutung, und man wird sich dort mehr und mehr der Dringlichkeit bewusst, mit der man sich diesen Problemen widmen muss, um eine tragbare Lösung für Ost- und Westeuropa zu finden. In diesem Zusammenhang ist Technologietransfer von westeuropäischen zu osteuropäischen Ländern eine Notwendigkeit und sollte stärker entwickelt werden als bisher. Gegebenenfalls sollten bestimmte Teile der COCOM-Liste entfallen, wenn das nötig ist, um den Technologietransfer auf höchstem Standard vorzunehmen, wie es die Umweltprobleme gebieten.

4. Es ist wesentlich, dass alles getan wird, um zu gewährleisten, dass die Massnahmen zur Ratifizierung des Wiener Abkommens zum Schutz der Ozonschicht und des Protokolls von Montreal über Stoffe, die die Ozonschicht belasten, wie vorgesehen am 1. Januar 1989 in Kraft treten. Es sei darauf hingewiesen, dass das Protokoll von Montreal nicht in Kraft treten kann, ehe die EG-Länder es ratifizieren. Gleichzeitig sollte der Plan für das Auslaufen der Verwendung von FCKW/Freon in den 1990er Jahren beschlossen werden. Wichtig ist

auch, dass alle Länder, die an der Konferenz über den Schutz der Nordsee, an der Sitzung der Helsinki-Kommission beteiligt oder die Vertragspartei vom Abkommen von Barcelona sind, diese Forderungen so schnell und so wirksam wie möglich erfüllen. Die Verpflichtung auf die Zukunft muss sehr viel ehrgeiziger werden.

5. Als neue Form einer Umweltzusammenarbeit könnte man sich ein Projekt in grossem Massstab, ähnlich wie das EUREKA-Modell, vorstellen, an dem sich verschiedene Länder beteiligen und das sich z.B. auf einen einzigen Fluss beschränkt oder auf ein bestimmtes Meer und seine Umweltprobleme. Auch sollten mehr EUREKA-Projekte für die Entwicklung von besonders sauberen Technologien oder für Technologien zur Bekämpfung der Verschmutzung gefördert werden. Dies würde gewährleisten, dass beide – die EG-Länder und die EFTA-Mitgliedsländer – an dem Projekt teilnehmen, um spezifische Umweltprobleme auf die effizienteste Weise zu lösen.

IV. Verschiedene Formen institutioneller Zusammenarbeit

1. Was eine weitere allgemeine Zusammenarbeit betrifft, so sollte man die spezifischen politischen, institutionellen und rechtlichen Strukturen der EG und der einzelnen EFTA-Länder berücksichtigen. Es sollten pragmatische Lösungen, die sich auf den Grundsatz des gegenseitigen Interesses stützen, und eine Ausgewogenheit zwischen Vorteilen und Pflichten ins Auge gefasst werden.

Die künftige EG-EFTA-Zusammenarbeit sollte jedoch folgende Grundsätze beachten:

- die Gemeinschaft bewahrt sich ihre eigene, unabhängige Beschlussfassung;
- die Gemeinschaft ist ent-

schlossen, ihren eigenen Plan zur Integration ohne jede Verzögerung fortzuführen;
 – die Zusammenarbeit muss sich auf der Grundlage eines Gleichgewichts zwischen Vorteilen und Verantwortung auf beiden Seiten abspielen.
 2. Die Parteiführer sind sich dessen bewusst, dass ein EG-Staat und mehrere EFTA-Staaten eine Neutralitätspolitik verfolgen. Dies kann das Ausmass ihrer Zusammenarbeit in sicherheitspolitischen Fragen begrenzen. Allerdings stellen die politischen Ziele der Schlussakte von Helsinki sowie die sozialdemokratische Verpflichtung, den Frieden in Europa zu stabilisieren und zu stärken, keine Einschränkungen für eine Zusammenarbeit dar.
 Die Parteiführer bestätigen, dass eine volle Teilnahme am Beschlussfassungsprozess der

EG-Institutionen die Vollmitgliedschaft zur Voraussetzung hat. Dies kann Einschränkungen für den Umfang der Zusammenarbeit EG/EFTA bedeuten. Dies bedeutet ferner, dass sowohl EG- als auch EFTA-Länder gegenseitige Notwendigkeiten und Verhältnisse anerkennen.
 Nach Artikel 237 des EWG-Vertrages hat jedes europäische Land das Recht, sich um Mitgliedschaft in der EG zu bewerben. Die Parteiführer stellen fest, dass die Frage der Neutralität in verschiedenen EFTA-Staaten bei der Frage ihres EG-Beitritts eine beherrschende Rolle spielt.
 Die Definition von Neutralität und ihren Folgen für eine Mitgliedschaft in der EG ist sehr unterschiedlich. Unter diesen Umständen sind die Parteiführer der Auffassung, dass jedes

Land selbst entscheiden muss, ob seine Definition von Neutralität im Gegensatz zu einer Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft steht, die sich auch weiterhin wirtschaftlich und politisch entwickelt hin auf das Ziel einer Europäischen Union, wie es in der Einheitlichen Europäischen Akte niedergelegt wurde².

Mit Blick auf die wachsende Integration der Wirtschaft von EG und EFTA wird es für die Mitgliedsländer der Gemeinschaft und für die EFTA-Länder notwendig, die wirtschaftliche Zusammenarbeit ganz allgemein zu verstärken und ihre Wachstums- und Beschäftigungspolitiken zu koordinieren.

² Vorbehalte gegen diesen Hinweis auf die «Europäische Union» sind von der britischen Labour Party zum Ausdruck gebracht worden.

Warum einer die «Rote Revue» abbestellt hat

Ist die Partei an allem schuld?

Der Abonnent der «Roten Revue», Alfred Iseli, hat die Zeitschrift abbestellt. Er hat seiner Kündigung einen Begleittext beigelegt. Wenn wir hier seine Begründung abdrucken, so deshalb, weil sie typisch ist für viele Bürgerinnen und Bürger, welche die Verantwortung für bürgerliche Zustände und ihre Frustration darüber gerne der Sozialdemokratischen Partei in die Schuhe schieben. Deren Programm sieht ja in der Tat anders aus als das, was politisch in der Eidgenossenschaft läuft. Dass die SPS praktisch nirgendwo in der Schweiz über eine halbwegs komfortable Mehrheit verfügt, interessiert den Kritiker nicht. Er kühlt seinen Unmut an den politischen Zuständen durch die Abbestellung der Zeitschrift der Partei, von der er das Heil für seine Probleme erhofft hat, ein Heil, das sie gar nicht erbringen kann. Manches an den Vorwürfen von Leser Alfred Iseli ist richtig, wo er völlig falsch liegt, ist einerseits die Schuldzuweisung für die Zustände und andererseits die Behauptung, die Partei decke die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht auf. Geht Leser Iseli einmal die vergangenen Jahrgänge der «Roten Revue» durch, könnte er unschwer feststellen, dass dies in praktisch jeder Nummer auf irgendeine Weise geschah. tm

Geschätzte Genossin
 Ich weiss, dass alles relativ ist. Ich möchte daher in diesem Schreiben nicht noch darauf hinweisen müssen. Wer versucht

mehr zu lernen und zu begreifen, weiss wie wenig er weiss!
 Nun versuche ich zu erläutern, warum die SPS und mit ihr auch die «Rote Revue» aus meiner

Sicht ihren Auftrag nicht mehr in dem wünschbaren Ausmass wahrnehmen können:
 Der Sozialismus wurde beiseite gelegt, und nun arrangiert man